

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

II. Quartal 2013

Abgeschlossen am 30. Juni 2013 • E-Mail-Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Die Europäische Kommission lockert angesichts der Konjunkturschwäche die Defizitziele. Anlässlich der länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes werden die Fristen zur Erreichung des Ziels einer Senkung des gesamtstaatlichen Defizits auf höchstens 3% des BIP für einige Länder verlängert. Für Regionen mit einer Jugendarbeitslosenquote von über 25% wird auf dem EU-Gipfel ein beschleunigter Einsatz von Budgetmitteln aus dem Finanzrahmen 2014/2020 entschieden. Die G-8-Länder fordern einen weltweiten Austausch von Steuerinformationen als Maßnahme gegen Steuerhinterziehung und Steuerumgehung. Die Europäische Kommission erhält das Mandat, die Verhandlungen mit den USA über ein Freihandelsabkommen zu beginnen.

3. April: Die Troika (Europäische Kommission, EZB, IWF) einigt sich mit Zypern über die wirtschaftspolitischen Auflagen, die als Voraussetzung für die Hilfskredite im Ausmaß von 10 Mrd. € gelten. Dazu zählen die Sanierung des Staatshaushaltes und des Bankensystems¹⁾ sowie Strukturreformen, um die Lohnindexierung an die Produktivität zu binden. Der öffentliche Haushalt soll 2016 einen Primärüberschuss von 1,2% des BIP, 2017 von 3% des BIP und 2018 von 4% des BIP erreichen. Vorgesehen sind der Abbau von 4.500 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und die Anhebung des Pensionsalters von Staatsangestellten. Auf der Einnahmenseite tragen die Erhöhung des Steuersatzes auf Unternehmensgewinne von 10% auf 12,5%, die Anhebung der Besteuerung von Zinseinkommen von 15% auf 30% und des Mehrwertsteuersatzes von 17% auf 19% zur Sanierung bei. Privatisierungserlöse sollen Einnahmen von 1,4 Mrd. € bringen.

4. April: Weltweit veröffentlichen die Medien Details über Vermögen, die von Privatpersonen und Unternehmen in Offshore-Zentren gehalten werden. Ausgewertet wurden 2,5 Mio. Dokumente, die Daten über 130.000 Personen und 122.000 Trustgesellschaften enthalten und anonym an das International Consortium of Investigative Journalists zugestellt wurden.

5. April: Portugals Verfassungsgericht erklärt Teile des Budgetsanierungsplanes für unzulässig und verhindert damit geplante Einsparungen im Ausmaß von 1,23 Mrd. € (0,8% des BIP).

Die japanische Notenbank gibt eine "neue Phase monetärer Lockerung" bekannt mit dem Ziel, die seit Ende der 1980er-Jahre negative Inflationsrate in den kommenden 2 Jahren auf +2% zu erhöhen. Dazu will die Bank of Japan die Geldmenge jährlich um 60 bis 70 Bio. Yen erhöhen. Der Leitzinssatz habe an Bedeutung verloren, nun diene die Geldbasis als Orientierung (Zielwert Ende 2012: 138 Bio. Yen, Ende 2013: 270 Bio. Yen). Die Notenbank will ihren Bestand an Staatsanleihen bis 2014 verdoppeln. Die von der Zentralbank gehaltenen Staatsanleihen können den Wert des

Ausland

Zypern: Hilfskredite

Offshore-Zentren: Vermögensdaten

Portugal: Budgetsanierungsplan

Japan: Geldpolitik

¹⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2013", WIFO-Monatsberichte, 2010, 86(4), S. 316, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/46687>.

Banknotenumlaufes überschreiten, wodurch die Banknotenregel vorübergehend außer Kraft gesetzt ist.

Portugal: Hilfskredite

8. April: Auch nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes in Portugal setzt die Europäische Kommission für eine Verlängerung der Laufzeit der Hilfskredite die Einhaltung des Defizitzieles für das laufende Jahr von 5,5% des BIP voraus.

Europäische Kommission: makroökonomische Ungleichgewichte

10. April: Die Europäische Kommission veröffentlicht die Ergebnisse der eingehenden Überprüfungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1176/2011 über die Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte (COM(2013) 199 final). In der Schlussfolgerung werden die rasch wachsenden makroökonomischen Ungleichgewichte in Slowenien angesprochen, die jedoch noch handhabbar seien. Trotz großer Fortschritte im vergangenen Jahr bestehen in Spanien nach wie vor übermäßige makroökonomische Ungleichgewichte.

Portugal, Irland: Hilfskredite

12. April: Die Finanzminister der Euro-Länder einigen sich, die Hilfskredite aus dem ESFS für Portugal und Irland um durchschnittlich 7 Jahre zu verlängern. Damit soll diesen Ländern die Rückkehr zur Finanzierung über den Kapitalmarkt erleichtert werden.

Das Hilfsprogramm für Zypern im Umfang von 10 Mrd. € wird bewilligt. Es setzt einen Eigenbeitrag des Landes von 7 Mrd. € voraus. Zyperns Regierung rechnet nun mit einem erhöhten Finanzbedarf von 23 Mrd. €.

Siemens: Arbeitsplätze

Siemens kündigt an, die Beschäftigtenzahl weltweit um 4.000 zu verringern. In den Jahren 2009/2012 wurden in der Industriesparte bereits 8.300 Arbeitsplätze eingespart.

Portugal: Konsolidierungskurs

18. April: Die portugiesische Regierung kündigt neue Einsparungsmaßnahmen an, um den Konsolidierungskurs auch nach der Aufhebung von budgetwirksamen Sparmaßnahmen durch das Verfassungsgericht einhalten zu können und die Auszahlung der 8. Tranche des Hilfskredites nicht zu gefährden. Dazu werden Sparmaßnahmen von 800 Mio. € im Bereich der laufenden Aufwendungen durch Stellenabbau im öffentlichen Dienst und von 300 Mio. € im Bereich der öffentlich-privaten Partnerschaften (vorwiegend Verkehrsprojekte) notwendig. Durch Neuregelung (Einführung eines Freibetrages) sollen die vom Gericht verworfenen Abgaben auf Kranken- und Arbeitslosengeld doch umgesetzt werden können.

Großbritannien: Rating

19. April: Die Ratingagentur Fitch senkt das Rating für die Kreditwürdigkeit von Großbritannien von AAA auf AA+.

Slowenien: Rating

30. April: Die Rating Agentur Moody's setzt die Bonität von Slowenien als Schuldner um 2 Stufen auf Ba1 mit negativem Ausblick herab.

Automatischer Austausch von Bankkontodaten

2. Mai: Der britische Finanzminister George Osborne teilt mit, dass sich die Überseegebiete Bermuda, Cayman-Inseln, Jungferninseln, Anguilla, Montserrat sowie die Turks- und Caicos-Inseln, aber auch die in der Irischen See gelegene Isle of Man am automatischen Austausch von Bankkontodaten beteiligen werden.

Europäische Zentralbank: Zinssatz

8. Mai: Die Europäische Zentralbank senkt den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems um 25 Basispunkte auf 0,5%. Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität wird um 50 Basispunkte auf 1% herabgesetzt. Um keinen negativen Zinssatz entstehen zu lassen, bleibt der Satz für die Einlagefazilität unverändert bei 0%.

EcoFin-Rat: Zinsbesteuerungsabkommen

14. Mai: Der EcoFin-Rat erhält das Mandat, mit den Drittländern Schweiz, Liechtenstein, Monaco, Andorra und San Marino ein Zinsbesteuerungsabkommen zu verhandeln. Eine überarbeitete Zinsbesteuerungsrichtlinie wird die Basis der Verhandlungen bilden. Sie regelt die Besteuerung aller Arten von Zinseinkommen natürlicher Personen. Die Errichtung von Registern soll die Eigentümerschaft von Treuhandfonds (Trusts), Stiftungen u. a. transparent machen. Die Kommission erklärt, dass Österreich Zinseinkünfte, die Österreicher und Österreicherinnen in der Schweiz oder in Liechtenstein erzielen, weiterhin nach seinen eigenen Rechtsvorschriften besteuern kann. Österreich und Luxemburg fordern zudem, das Inkrafttreten der Richtlinie mit der

Anwendung gleichwertiger Maßnahmen in den Drittländern sowie den britischen Kanalinseln und Überseegebieten zu koppeln.

Singapur bietet allen Ländern, mit denen es bilaterale Steuerabkommen hält, den Austausch von Bankkontodaten auf Anfrage an. Das Land wird sich als Nichtmitglied an die OECD-Standards halten.

15. Mai: Der Brasilianer Roberto Carvalho de Azevêdo folgt Pascal Lamy als Generaldirektor der World Trade Organization (WTO) nach.

Als Reaktion auf den Einsturz einer Textilfabrik in Bangladesch, bei dem über 1.000 Menschen starben, werden die weltgrößten Textilunternehmen ein Abkommen über Gebäudesicherheit und Brandschutz in Bangladesch unterzeichnen. Dieser Kampagne schließen sich H&M (Schweden), Inditex (Spanien), C&A (Deutschland), Primark und Tesco (Großbritannien) und PVH (USA) an.

22. Mai: Der Europäische Rat formuliert angesichts der hohen Energiepreise und -kosten in Europa Leitlinien für die Vollendung eines uneingeschränkten vernetzten Energiebinnenmarktes, für eine Erleichterung von Investitionen in den Energiebereich, Diversifikation der Lieferquellen Europas und eine Steigerung der Energieeffizienz. Die Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und aggressiver Steuerplanung soll beschleunigt werden, da sie unerlässlich für die politische und gesellschaftliche Akzeptanz der Haushaltskonsolidierung ist. Der Rat verweist auf die Ergebnisse des Ecofin-Rates vom 14. Mai (siehe oben).

29. Mai: In den länderspezifischen Empfehlungen, die Teil des dritten Europäischen Semesters der wirtschaftspolitischen Koordination sind, schlägt die Europäische Kommission vor, das Verfahren wegen übermäßigen Defizits gegen Italien, Lettland, Litauen, Rumänien und Ungarn und Rumänien einzustellen und ein Defizitverfahren gegen Malta zu eröffnen. 16 EU-Länder werden dann einem Defizitverfahren unterliegen. Eine Fristverlängerung für die Korrektur des übermäßigen Defizits wird für Frankreich, Niederlande, Polen, Portugal, Slowenien und Spanien vorgeschlagen²⁾.

4. Juni: Die Europäische Kommission beschließt die Einführung von Zöllen auf Solarpanele und deren Komponenten aus China in der Höhe von durchschnittlich 47,6% des Einfuhrwertes. Um Marktstörungen zu verhindern und China zu Verhandlungen zu motivieren, gilt bis 6. August 2013 ein ermäßigter Satz von 11,8%. Als Reaktion kündigt China an, die Einhebung von Strafzöllen auf Weinimporte aus der EU zu überprüfen.

14. Juni: Die EU-Länder erteilen der Europäischen Kommission das Mandat, mit den USA ein Freihandelsabkommen Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zu verhandeln. Gemeinsam erwirtschaften beide Wirtschaftsräume fast die Hälfte des weltweiten Bruttoinlandsproduktes und ein Drittel des Welthandels. Auf Betreiben Frankreichs werden audiovisuelle Dienste von den Verhandlungen ausgenommen.

17. Juni: Die OECD legt als Grundlage für den G-8-Gipfel einen Entwurf von Regeln für den Austausch von Bankkontodaten vor³⁾. So soll der Informationsaustausch möglichst viele Kategorien von Vermögenseinkommen sowie Privatpersonen, Briefkastenfirmen, Trusts und ähnliche Konstruktionen zur Steuerumgehung umfassen. Finanzinstitutionen wie Banken, Broker, Versicherungen u. a. sollen in den Informationsaustausch eingebunden sein. Der Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA)⁴⁾ der USA soll als Vorbild dienen.

17.-18. Juni: Die G-8-Länder einigen sich am Lough Erne (Nordirland) im Kampf gegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung auf Grundzüge eines "Einsatzplanes zur Prävention des Missbrauches von Unternehmen und anderen Rechtsformen"⁵⁾. Sie wollen den Austausch von Steuerinformationen weltweit etablieren. Die geltenden

Singapur: Austausch von Bankkontodaten

WTO: Generaldirektor

Bangladesch: Textilfabrik

Europäischer Rat: Energiebinnenmarkt

Europäische Kommission: länderspezifische Empfehlungen

Europäische Kommission: China

Transatlantic Trade and Investment Partnership

OECD: Austausch von Bankkontodaten

G 8: Geldwäsche, Steuerhinterziehung

²⁾ Europäische Kommission, Country-specific Recommendations 2013, http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/country-specific-recommendations/index_de.htm.

³⁾ OECD, A Step Change in Tax Transparency, Paris, 2013.

⁴⁾ <http://www.fatf-gafi.org>.

⁵⁾ G8 Action Plan Principles to prevent the misuse of companies and legal arrangements, Lough Erne, 2013.

Zypern: Troika

Regeln gegen Geldwäscherei der Financial Action Task Force (FATF) sollen möglichst weltweit umgesetzt werden.

19. Juni: In einem Brief an die Troika kritisiert Zyperns Staatspräsident die Konsolidierungsaufgaben.

China: Solartechnik

Die chinesische Regierung stellt neue Subventionen und Finanzhilfen für Solartechnik- und Photovoltaik-Projekte in Aussicht, um die Stromerzeugung aus dieser Technik zu fördern und auf die von der EU verhängten Strafzölle auf diese Produkte zu reagieren.

Euro-Gruppe: EFSF

20. Juni: Die Finanzminister der Euro-Gruppe einigen sich über die Rekapitalisierung in Not geratener Banken durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Bisher erfolgte die Bankenunterstützung indirekt, indem die Länder Mittel der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) an notleidende Banken vergaben; dadurch erhöhten sich aber die Staatsschulden. Frühestens ab Herbst 2014 können nun systemrelevante Banken und Banken, die für die Finanzstabilität des Euro-Raumes wichtig sind, nach Ausschöpfung von privaten und nationalen Möglichkeiten über den ESM Kapital erhalten. Dieser übernimmt in diesen Fällen vorübergehend Aktien der Bank.

Griechenland: Fernsehanstalt

21. Juni: Die Schließung der staatlichen Fernsehanstalt (ERT) aufgrund der Konsolidierungsmaßnahmen hat den Bruch der griechischen Regierungskoalition zur Folge. Nach dem Ausscheiden der Demokratischen Linken aus der Regierung verfügen Nea Dimokratia und Pasok über eine knappe Mehrheit im Parlament.

EU-Gipfel: Finanzrahmen 2014/2020

25.-26. Juni: Auf dem EU-Gipfel beschließen die EU-Länder, in den ersten zwei Jahren des Finanzrahmens 2014/2020 6 Mrd. € für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in jenen Regionen einzusetzen, deren Jugendarbeitslosenquote 25% übersteigt. Betroffen sind vor allem Griechenland, Spanien, Portugal und Italien. Durch eine beschleunigte Umsetzung der Jugendgarantie sollen junge Arbeitslose, die sich nicht in Aus- oder Weiterbildung befinden, innerhalb von vier Monaten einen Arbeitsplatz oder eine Ausbildungsstelle erhalten. Die Förderung der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung junger Arbeitssuchender über das Programm Erasmus+ soll ab Jänner 2014 greifen. Die Europäischen Sozialpartner legen das Programm "Framework of Actions on Youth Employment" vor. Klein- und Mittelbetriebe sollen zu einem erheblichen Teil aus den um 10 Mrd. € aufgestockten Mitteln der Europäischen Entwicklungsbank (EIB) gefördert werden.

China: Bankenhilfe

26. Juni: Die People's Bank of China hilft einigen Banken mit Liquidität aus und kündigt weitere Unterstützung bei Bedarf an. In den letzten Wochen gerieten einige Banken in Liquiditätsengpässe, der Taggeldsatz erreichte kurzfristig 13%.

EU: Gemeinsame Agrarpolitik

26. Juni: Das Europäische Parlament, der EU-Ministerrat und die Europäische Kommission einigen sich über eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für den Zeitraum 2014/2020. Bis 2019 werden die Direktzahlungen zwischen und innerhalb der EU-Länder konvergieren. Kein Mitgliedsland soll weniger als 75% des EU-Durchschnittes und jeder Betrieb mindestens 60% des regionalen oder nationalen Durchschnittes der Leistungen erhalten. Zur verstärkten Stützung kleiner und mittlerer Betriebe können für die "ersten Hektarflächen" eines Betriebes höhere Beihilfen gewährt werden. Zur Ökologisierung der Landwirtschaft werden eigene Mittel budgetiert, die für Maßnahmen zur Verbesserung von Bodenqualität, Wasser, Biodiversität und gegen den Klimawandel eingesetzt werden.

EU: Finanzrahmen 2014/2020

27. Juni: Der Europäische Rat, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament einigen sich auf den Finanzrahmen 2014/2020. Für diesen Zeitraum stehen der EU 960 Mrd. € an Verpflichtungsermächtigungen und 908 Mrd. € an tatsächlichen Zahlungen zur Verfügung (zu Preisen von 2011). Die Ausschöpfung der jährlichen Mittel wird flexibilisiert. Bleiben die tatsächlichen Ausgaben in einem Jahr unter der Obergrenze, so erhöht der Differenzbetrag die Obergrenze des Folgejahres. Ab 2018 dürfen diese Erhöhungen nicht mehr als 7 Mrd. €, 2019 9 Mrd. € und 2020 10 Mrd. € betragen. Die Ausgaben für Wettbewerb sind im neuen Finanzrahmen um 37% höher budgetiert als im Finanzrahmen 2007/2013, um Wachstum und Arbeitsplatzschaffung verstärkt zu fördern.

30. Juni: Die EU-Justizkommissarin Viviane Reding überlegt, die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA ruhen zu lassen, nachdem im Zuge der "Whistleblower-Affäre" bekannt wurde, dass auch Institutionen der EU abgehört wurden⁶).

EU: Freihandelsabkommen
USA

Der Finanzrahmen 2014/2017 setzt die Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte fort. Nach dem schweren Hochwasser sagen Gemeinden, Länder und Bund den Opfern Hilfe zu. Auf die Insolvenz der Alpine Bau in der aktuellen Phase der Konjunkturabschwächung reagiert die Bundesregierung mit einem Konjunkturpaket. Ein Familienpaket soll erst nach den Nationalratswahlen im Herbst umgesetzt werden.

Österreich

23. Mai: Der Nationalrat beschließt das Bundesfinanzrahmengesetz 2014 bis 2017, (Bundesgesetzblatt I Nr. 88/2013, http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=BgblAuth&Dokumentnummer=BGBLA_2013_I_88). Die Haushaltskonsolidierung hat deutliche Priorität. So werden die in den Konsolidierungspaketen 2010 und 2012 gesetzten Maßnahmen in den Jahren 2012/2016 fortgeführt. Die derzeit gültigen Obergrenzen der Budgetrubriken und Untergliederungen werden beibehalten und 2017 weitergeschrieben. Von 2012 bis 2017 sollen die Einnahmen um 12,9 Mrd. € oder 19,5% steigen, die Ausgaben um nur 5,7 Mrd. € oder 7,8%.

Bundesfinanzrahmengesetz

2016 soll ein ausgeglichenes Budget erreicht werden, 2017 ein Überschuss von 0,2% des BIP. Die Schuldenquote soll 2013 auf 73,6% des BIP steigen und in der Folge bis 2017 schrittweise auf 67% gesenkt werden.

Budgetdefizit

Der Nationalrat beschließt das Gesundheitsreformgesetz 2013 (BGBl. I Nr. 81/2013). Das Gesetz ermöglicht eine gemeinsame und abgestimmte Planung und Steuerung von Spitälern und Arztpraxen. Ein partnerschaftliches Zielsteuerungssystem soll etabliert werden, das vor allem eine bessere Abstimmung zwischen dem niedergelassenen Bereich und den Spitälern bringen und eine Versorgung der Patientinnen und Patienten am "best point of service" gewährleisten soll. Durch nominelle Ausgabenobergrenzen, die an das nominelle Bruttoinlandsprodukt gekoppelt werden, soll die Kostensteigerung des Gesundheitssystems gedämpft werden. Bis 2016 sollen 3,4 Mrd. € eingespart werden. Dies entspricht einem jährlichen Ausgabenanstieg um 3,6%.

Gesundheitsreformgesetz

31. Mai: Die österreichische Tochterbank Hypo Bank Österreich (HBA) der Hypo Alpe-Adria-Bank AG (Bilanzsumme 4 Mrd. €, Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 17 Mio. €) wird um 65,5 Mio. € an Anadi Financial Holdings Pte. Ltd. verkauft.

Hypo Alpe-Adria-Bank AG

Anfang Juni: Starke Regenfälle führen in weiten Teilen Österreichs zu Überflutungen ("Jahrhunderthochwasser"⁷). Die Bundesregierung sichert jede notwendige Hilfe zu. Rasche, unbürokratische Hilfe wird Privatpersonen aus dem Katastrophenfonds zugesichert. Für 2013 stehen noch 259 Mio. € zur Verfügung, falls notwendig, werden die Mittel durch das Finanzministerium aufgestockt. Die Katastrophenhilfe fällt in die Kompetenz der Länder; der Bund verpflichtet sich, 60% der ausgezahlten Hilfsmittel den Ländern zu ersetzen. Opfer können mit einer Hilfe von 20% bis 30% der Schadenssumme, in Härtefällen bis zu 80% rechnen. Aus dem Familienhärteausgleichsfonds erhalten Bezieherinnen und Bezieher der Familienbeihilfe nach einem kurzen Prüfverfahren bis zu 2.000 € als Ersthilfe. Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF) kann auf Vorschlag der Europäischen Kommission und nach Billigung durch das Europäische Parlament in Anspruch genommen werden.

"Jahrhunderthochwasser"

12. Juni: Der Nationalrat beschließt das Gesellschaftsrechts-Änderungsgesetz 2013 (GesRÄG 2013). Ab 1. Juli beträgt das zur Gründung einer GesmbH benötigte Mindestkapital nur 10.000 € statt bisher 35.000 €. Die Mindestkörperschaftsteuer wird von

Gesellschaftsrechts-
Änderungsgesetz

⁶ Edward Snowden, technischer Mitarbeiter der US National Security Agency, hat Details über die weltweite Kontrolle des Internets durch die NSA bekannt gemacht.

⁷ Kletzan-Slamanič, D., Kettner, C., Köppl, A., Kratena, K., Meyer, I., Sinabell, F., "Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft und Wohlfahrtseffekte von Extremwetter am Beispiel von Hochwasser", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(7), S. 591-608, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/46880>.

bisher 1.750 € auf 500 € pro Jahr gesenkt, und die verpflichtende Gründungsanzeige in der Wiener Zeitung entfällt.

Familienpaket

18. Juni: Die Bundesregierung erzielt eine Grundsatzvereinbarung für ein Familienpaket, das nach den Nationalratswahlen im Herbst umgesetzt werden soll. Es sieht den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze und Änderungen in der Familienbeihilfe vor: Die Familienbeihilfe soll für Kinder bis 9 Jahre auf 180 € pro Monat hinaufgesetzt werden (derzeit bis 3 Jahre 163,80 €, von 3 bis 9 Jahre 171,10 €), von 10 bis 18 Jahre auf 200 € (derzeit 189,30 €) und ab 19 Jahren 220 € (derzeit 211,1 €). Die Zuschläge der Mehrkindstaffelung sollen ab dem zweiten Kind von derzeit 12,80 € auf 15 €, ab 3 Kindern von 47,80 € auf 75 € und ab 4 Kindern von 97,80 € auf 240 € sowie für Kinder mit Behinderung von 138,80 € auf 150 € angehoben werden. Das "Schulstartgeld" (100 € für Schulpflichtige im September) soll gestrichen werden. Eine regelmäßige Indexierung der Familienbeihilfe ist vorgesehen. In den kommenden vier Jahren würden die Mehrkosten kumuliert 1,2 Mrd. € betragen. Sie sollen über den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) finanziert werden.

Alpine Bau GmbH

19. Juni: Die Alpine Bau GmbH, der zweitgrößte Baukonzern Österreichs, meldet mit Überschuldung von 1,9 Mrd. € (Aktiva 661 Mio. €, Passiva 2,6 Mrd. €) Insolvenz an. Die Alpine Bau steht zu 100% im Eigentum der spanischen Bau- und Dienstleistungsgruppe Fomento de Construcciones y Contratas, S.A. (FCC). Die Geschäftsbereiche in Südosteuropa und Deutschland haben große Verluste verursacht.

Konjunkturpaket

25. Juni: Die Bundesregierung beschließt ein Konjunkturpaket, das bis 2016 Maßnahmen im Umfang von kumuliert 1,59 Mrd. € umfasst (ohne die Hilfskredite für hochwassergeschädigte Unternehmen aus dem ERP-Fonds). Die Mittel werden zum größten Teil für den Wohnbau (676 Mio. €), den Ausbau von Straße und Schiene (103 Mio. €), die Tunnelsicherheit (120 Mio. €) und den Hochwasserschutz (80 Mio. €) verwendet werden. 350 Mio. € sind für den Ausbau der Kinderbetreuung und 107 Mio. € für den Pflegeausbau vorgesehen. 2013 sind 161 Mio. €, 2014 mit 746 Mio. € fast die Hälfte der vorgesehen Mittel, 2015 370 Mio. € und 2016 310 Mio. € für konjunkturwirksame Maßnahmen geplant; davon werden heuer 70 Mio. € und 2014 506 Mio. € an noch nicht im Finanzrahmen berücksichtigten Mitteln eingesetzt.

Zur Finanzierung stehen 2014 durch den Verkauf von Mobilfrequenzen zusätzlich 276 Mio. € an Wohnbauförderungsmitteln zur Verfügung. Die Frist für die Rücklagenbildung von gemeinnützigen Bauträgern soll von derzeit 5 Jahren auf 3 Jahre verkürzt werden, wodurch ein Vorzieheffekt für Neubauten erzielt werden soll. Die Bundesmittel aus dem Pflegefonds sollen den Ländern früher als geplant zustehen. In den Jahren 2015 und 2016 sind jeweils 200 Mio. € für die Wohnbauoffensive geplant, deren Finanzierung noch nicht feststeht.